

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

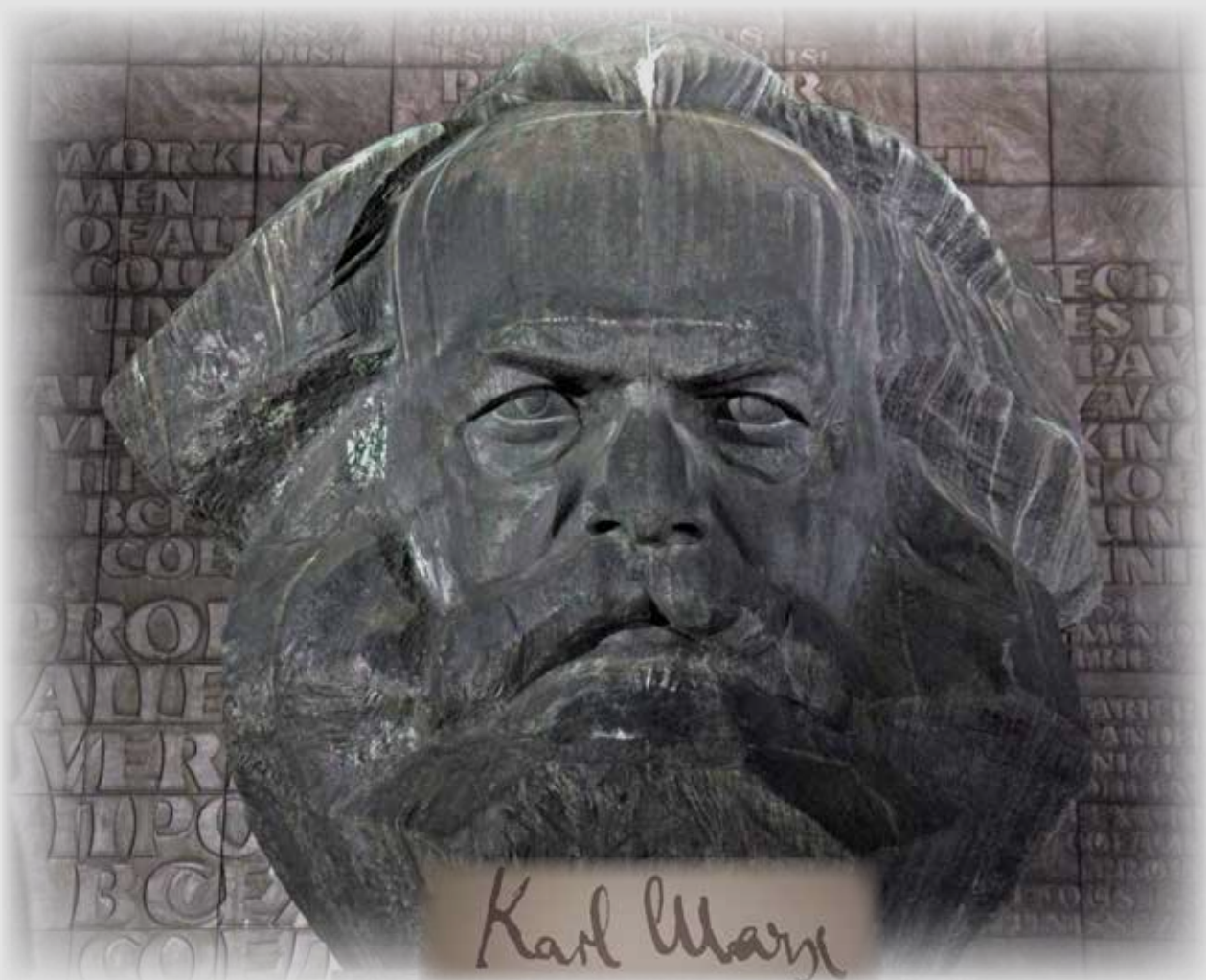
Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

18. APRIL 2018

Nr. 128

12. JAHRGANG



Am 5. Mai begehen wir den 200. Geburtstag von Karl Marx, vor 170 Jahren erschien das „Kommunistische Manifest“. Vor allem in seiner Geburtsstadt Trier und in Chemnitz, welches fast 50 Jahre den Namen eines der größten Söhne des deutschen Volkes trug, finden aus Anlass des Geburtstages von Karl Marx vielfältige Veranstaltungen statt.

Auch unsere Zeitung widmet sich in den vergangenen, dieser und den beiden künftigen Ausgaben ausführlich dem wissenschaftlichen Erbe von Karl Marx.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. analysiert:

DIE LINKE BEREITET SICH AUF DAS
SUPERWAHLJAHR 2019 VOR

2. informiert:

**DIE LINKSFRAKTION IM KREISTAG ZUR
SITZUNG VOM 28. MÄRZ**

3. dokumentiert:

**DIE LINKE ZUM ZUZUGSVERBOT
ANERKANNTER FLÜCHTLINGE**

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & freiberger mitlaufgelegenheit
4/5	titelthema 1: die linke mit blick nach vorn
6/7	titelthema 2: kreistag vom 28. märz
8	debatte zum aufbruch von links
9	titelthema 3: die linke zum zuzugsverbot anerkannter flüchtlinge
10	unsere serie zur politischen bildung - beitrags 32 - zur marxistischen geschichtsauffassung
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
12	termine & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 16. Mai. Redaktionsschluss** ist am **Dienstag, dem 8. Mai**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis zu spenden.
Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.
 Weitere Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
 IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
 BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.
 Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 Redaktion „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Lange Straße 34
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
 e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A•Bi•Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23 b
 09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
 Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Über einen Link kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Frühling hat sich endlich eingestellt und - man will es kaum glauben - Deutschland hat mehr als ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl wieder eine Regierung, die nicht nur amtiert. An der Spitze der Vereinigten Staaten steht ein Mann, der die Welt ins Unglück stürzen kann. Im Nahen Osten brodeln es. Wahrlich eine bewegte Zeit, diese ersten vier Monate des Jahres 2018. DIE LINKE versucht, mit Blick die diffuse Situation in diesem Lande die eigenen Positionen zu bestimmen. Durch zwei Interviews, die Sarah Wagenknecht bzw. Gregor Gysi in den vergangenen Tagen dem „neuen deutschland“ gaben, sind die Gräben noch deutlicher geworden, die sich gegenwärtig quer durch die Partei- und Fraktionsführungen der LINKEN ziehen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den nebenstehenden Standpunkt und auf unseren Beitrag auf Seite -4-. Mit den gegenwärtig laufenden Regionalforen „Partei in Bewegung“ und der - nach Redaktionsschluss - stattfindenden Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz wird der Blick auf den Anfang Juni stattfindenden Bundesparteitag in Leipzig gerichtet, in dessen Mittelpunkt die Debatten und die Beschlussfassung über die Leitanträge des Parteivorstandes sowie die Wahl eines neuen Parteivorstandes stehen werden. Der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN richtet seine Aufmerksamkeit auf Veranstaltungen zum 1. Mai und die Teilnahme an der Ehrung von Karl Marx anlässlich seines 200. Geburtstags am 5. Mai in Chemnitz. Apropos Karl Marx. Der spielt - bereits unsere Titelseite macht darauf aufmerksam - in unserer heutigen Ausgabe eine große Rolle. Im Beitrag -32- unserer Serie zur politischen Bildung und Information schreibt Achim Grunke zur marxistischen Geschichtsauffassung. Außerdem auf Seite -8- eine ausführliche Meinungsäußerung unseres Lesers Peter Pöschmann - als Replik auf den Artikel zu 170 Jahre „Kommunistisches Manifest“ in unserem März-Heft - zum gleichen Thema. Der Bericht der Linksfraktion im mittelsächsischen Kreistag konzentriert sich diesmal auf die Sitzung des Kreistages vom 28. März. Leider hatte unsere Autorin Sabine Lauterbach bis zum Redaktionsschluss noch kein konkretes Zahlenmaterial zur Verfügung, da das Landratsamt die Präsentationen aus dem Kreistag noch nicht verschickt hatte. In Wort und Bild informieren wir über vielfältige Aktivitäten unserer Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta - auch in ihrer Rolle als Pressesprecherin von Gregor Gysi als Präsident der Europäischen Linken - und von Dr. Jana Pinka, unserer Landtagsabgeordneten aus Freiberg. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern - wie zu jeder unserer Ausgaben - eine anregende und interessante Lektüre.

die debatte über die künftigen aufgaben der linken führen - programmatischen dissens auflösen

von HANS WEISKE

Es war schon nach Abschluss der redaktionellen Arbeiten an unserem März-Heft meine feste Absicht, an dieser Stelle meine Meinung zum Führungsstreit in der LINKEN zu äußern. Im Ohr habe ich dabei Meinungsäußerungen von Genossinnen und Genossen aus dem Kreisvorstand, aber auch unserer Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha. „Ihr im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion. Hört endlich auf, eure diffamierenden Streitigkeiten und eure Zwietracht auf offener Bühne auszutragen und macht eure eigentliche Arbeit im Interesse der Partei“ - so und ähnlich war zu hören. Die beiden Interviews, die das „neue deutschland“ in den vergangenen Tagen mit Sarah Wagenknecht und Gregor Gysi führte, halfen mir dabei, zumindest aus der Sicht der beiden etwas tiefer zu blicken und besser zu verstehen, wo inhaltliche Knackpunkte liegen. Für mich sind das ganz verkürzt vier: **Euro, Flüchtlingspolitik und Asyl, linke Sammlungsbewegung, rot-rot-grüne Machtoption im Bund**. Hinter ihnen sieht Gysi „unterschiedliche politische Konzepte“. Wobei natürlich die Blickwinkel von Katja Kipping, Bernd Riexinger und Dietmar Bartsch auf diese Punkte und ihre Einschätzung der Situation im „parteiinternen Führungszirkel“ auch ganz interessant wären. Wenn ich Redaktionsarbeit richtig verstanden habe, so müssen Interviews Wort für Wort autorisiert werden, bei der Wahl der Überschrift aber haben die Re-



daktionen relativ freie Hand. Deshalb ist es mir auch unverständlich, warum ein Satz von Gysi im Zusammenhang mit dem Antreten einer linken Sammlungsbewegung (gegen die Gysi übrigens ist) zu Wahlen zur reißerischen Titelseiten-Überschrift „Gysi warnt LINKE vor Zerstörung“ wird. Ansonsten sieht Gregor Gysi aus seiner inzwischen etwas größeren Distanz zu den Debatten in der LINKEN die Verantwortung für den Konflikt auf beiden Seiten, wobei in letzter Zeit Kritik einseitig von Sarah Wagenknecht gekommen sei. Diese hatte der Parteiführung im Interview vorgeworfen, nicht gut zu führen und gegen die Fraktionsspitze zu arbeiten. Bis zum Bundesparteitag Anfang Juni - da stimme ich Gysi voll zu - sollte eine Klärung zwischen Parteiführung und Fraktionsspitze herbeigeführt werden. Er steht viel näher an den Dingen dran und dennoch hoffe ich, dass er mit seinem begrenzten Optimismus, ob das wirklich gelingt, falsch liegt.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Trump, Trump und nochmals Trump! Überall und von früh bis spät. Die Überheblichkeit deutscher Gazetten legt nahe: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein Psychopath. Was ist los mit den und in den USA? Trump kam mit seinem „America first!“ in das Weiße Haus. Nur gibt es noch eine Chance für das „America first“? Schaut man sich den Trend bei der Anhäufung der USA-Schulden an und das, was das Land zur Durchsetzung seines „America first!“ an Militär- und Rüstungsausgaben aufwendet, genauer an, kommt man unweigerlich auf die Idee: Die haben sich übernommen. „America first!“ geht nicht mehr. China ist ihnen wirtschaftlich überlegen. Es ist nur eine Frage der Zeit, da ist wirtschaftlich „China first“. Nach Gorbatschow und Jelzin, dem Kampftrinker gibt es jetzt den Putin und der zeigt ihnen deutlich, legt Euch nicht mit uns militärisch an. Und nun noch den Gipfel der Lächerlichkeit: Die chemische Keule gegen einen abgehalfterten Spion. Man sucht noch die Beweise, dass es Putin war, wie seinerzeit nach den Massenvernichtungswaffen Saddams.

Es ist jedoch nicht lächerlich. Es ist kreuzgefährlich. Die Bestie ist außer Kontrolle. Nur - warum tanzt die deutsche Führungsmannschaft nach der US-amerikanischen Pfeife. Das „America first!“ bedeutet doch nichts anderes, als dass die deutschen Interessen für die USA nicht „first“ sind. Second, third oder „Ferner-liefen“? Und was ist „first“ für uns. „First“ ist Sicherheit für uns und unsere Nachbarn. Sicherheit kommt aus guter Nachbarschaft. Und wer diese zu hintertreiben versucht, gefährdet unser höchstes Interesse, nämlich unsere Sicherheit.

Erinnern wir uns! An der einstigen innerdeutschen Grenze standen sich zwei Lager gegenüber. „Wer angreift, stirbt als zweiter!“ war die Botschaft. Das hielt, bis das eine der Lager aufgeben musste. Das andere wählte sich als Sieger und verschob die Konfrontationsgrenze. Das hatte Napoleon 1812 getan und brach sich das Genick. Das hatte der deutsche Faschismus versucht und beinahe Deutschland vernichtet. Und jetzt versucht es das Imperium USA. Zunächst bis zur baltisch-polnischen Grenze. Der ukrainische Maidan-Putsch war Dollarfinanziert. Und dann kam der Schuss vor den Bug - die Krim. Bis hierher und nicht weiter!

Das Interesse aller Völkerschaften Europas ist: Keine Konfrontation auf dem eurasischen Kontinent. Eine Union der Völker und Regionen auf einem Territorium von Wladiwostok bis Lissabon. Einem Territorium, auf dem Menschen unterschiedlicher Nationalität, unterschiedlicher Tradition, unterschiedlicher Kultur und Religion in selbstverwalteten Regionen friedlich koexistieren können. Und das russische Volk wie auch alle anderen Völkerschaften der nicht mehr existierenden Sowjetunion gehören in diesen Bund. (mm)

linke landtagsfraktion unterstützt freiberger mitlaufgelegenheit

von KERSTIN UFER

Die Freiberger Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka überreichte Vertreterinnen und Vertretern der Freiberger „Mitlaufgelegenheit“ am 23. März einen Scheck über 200 Euro aus dem „Spendentopf von Links“ der Linksfraction im Sächsischen Landtag. Dieses Geld und zahlreiche weitere Spenden von Sponsoren, werden mit dazu beitragen, dass etwa 40 Gruppenmitglieder aus 7 Nationen am 8. April beim diesjährigen Halb-

marathon auf dem Programm der Gruppe. Sie sind Ausrichter des Freiberger Mittsommerlaufs, nehmen an den Freiberger Stadtläufen, aber auch an Laufveranstaltungen in Dresden und anderen Städten teil. Dabei beweist die Gemeinschaft eindrucksvoll, dass Integration auch in Freiberg gelingen kann und der Sport dafür eine wunderbare Basis ist.

Durch ein gemeinsames Hobby ist in kurzer Zeit gelungen, aus Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Religionen und Altersgruppen eine Gemeinschaft von Freundinnen und Freunden, Partnerinnen und Partnern sowie



Stellvertretend für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Berliner Halbmarathon übergab Jana Pinka den Scheck aus dem „Spendentopf von Links“ an Mohamad Fagiri, Cornelia Skovgaard-Sörensen, Mojtaba Ahmadi und Stefan Benkert (von links).

marathon in Berlin an den Start gehen können.

Seit nunmehr zwei Jahren ist die Mitlaufgelegenheit Freiberg aktiv. Aus einer kleinen Laufgruppe mit ein paar Einheimischen und zwei bis drei Flüchtlingen hat sich eine große Laugruppe entwickelt. Inzwischen nehmen etwa 80 aktive Freizeitläuferinnen und -läufer aus 23 Ländern - Deutsche, in der Region lebende Flüchtlinge und in Freiberg Studierende aus der ganzen Welt - Frauen, Männer und Kinder an den wöchentlich mindestens 2 Mal stattfindenden Läufen durch Freiberg und die nähere Umgebung teil. Aber auch zahlreiche andere Aktivitäten ste-

Vertrauten werden zu lassen, die (Sprach)Barrieren überwinden, sich aufeinander verlassen können, die sich gegenseitig Mut machen und Hilfe geben bzw. Hilfe annehmen, dort wo es gerade nötig ist.

Und auch weil Jana Pinka darüber hinaus schon mehrfach erleben durfte, dass dabei der Optimismus, der Spaß und die Begeisterung an der gemeinsamen Sache immer im Vordergrund stehen, unterstützte sie die Gruppe bereits mehrfach privat. Dabei waren ihre Teilnahme und die zusätzliche Übernahme einer Laufpatenschaft beim Freiberger Mittsommerlauf im vergangenen Jahr besonders schöne Erfahrungen für die Abgeordnete.



SELTENES FEST DER GNADENHOCHZEIT

Nach 70 gemeinsamen Ehejahren steht das Fest der Gnadenhochzeit an - ein selteneres Jubiläum als ein 100. Geburtstag. Am 20. März feierte unser **GENOSSE BODO KÜRSCHNER** gemeinsam mit seiner **EHEFRAU JOHANNE** in Hainichen dieses Jubiläum. Zu den Gratulanten zählten die Vorsitzende des Ortsverbandes Hainichen, **BIRGIT KRETZSCHMAR** und der **LINKE-Stadtrat DETLEF WITTSTOCK**. Die Glückwünsche des Kreisvorstandes überbrachte Schatzmeister **HANS WEISKE**. Das Foto wurde von **DIETER GREYSINGER**, dem SPD-Bürgermeister von Hainichen geschossen.

die linke auf dem weg zum bundesparteitag in leipzig

gysi und wagenknecht in interviews mit dem „nd“

Innerhalb von reichlich zwei Wochen zwei zweiseitige Interviews mit Führungspersonal der LINKEN im „neuen deutschland“ – soviel direkte Meinungsäußerung in unserer sozialistischen Tageszeitung hat es lange nicht gegeben. Das Interview mit Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag (veröffentlicht am 21. März) führte nd-Redakteur Uwe Kalbe noch allein, zum Interview mit Gregor Gysi, Präsident der Europäischen Linken (veröffentlicht am 7. April) holte er sich Verstärkung in Person des Chefredakteurs Wolfgang Hübner. Wichtige Themen der Interviews waren bei Sarah Wagenknecht ihr Standpunkt zur Flüchtlingspolitik der Bundeskanz-

lerin und zur gemeinsam mit ihrem Ehemann Oskar Lafontaine, Fraktionschef der LINKEN im saarländischen Landtag, vorgebrachten Idee einer linken Sammlungsbewegung. Gregor Gysi äußerte sich ebenfalls zur Flüchtlingspolitik und zu Thema „linke Sammlungsbewegung“ sowie zu europäischen Themen. Beiden wurden auch zum inhaltlichen, leider auch im Streit und mit vielen Reibereien geführten Diskurs in der Partei- und Fraktionsspitze befragt. Machtoption im Bund für gestorben und erntete dafür empörte Reaktionen von Landespolitikern, die dieses Regierungsmodell gerade in Berlin und Thüringen praktizieren.

GREGOR GYSI

Gregor Gysi, einer der bekanntesten Köpfe der Linkspartei in Deutschland, feierte in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag. Er war Mitbegründer und erster Vorsitzender der PDS in den Zeiten der Wende in der DDR und ist mit der Unterbrechung der fünf Jahre von 2000 bis 2005 (damals scheiterte die PDS an der Fünf-Prozent-Hürde, d.R.) Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort war er viele Jahre Vorsitzender seiner Fraktion. Gemeinsam mit Oskar Lafontaine führte er im Jahr 2007 WASG und PDS zur Partei DIE LINKE zusammen. Nunmehr Präsident der Europäischen LINKEN, blickt er mit etwas größerer Distanz auf die Debatten in seiner Partei, hält aber überraschende Einwürfe bereit. (hw)

SAHRA WAGENKNECHT

Der in Jena geborenen Sarah Wagenknecht, die in der DDR nicht studieren durfte, haftet seit jeher die Rolle einer sachkundigen, aber selten auf kollekt-



tändler-walenta gast der genossen des ortsverbandes flöha

Der Vorstand des Ortsverbandes Flöha (dazu gehören u.a. Auch die Genossinnen und Genossen aus Augustusburg, Niederwiesa und Oederan) lädt zu den Mitgliederversammlungen regelmäßig prominente Gäste ein. Diesmal klappte es nach mehreren terminlichen Anläufen mit der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-

Walenta. Diese sprach vor allem zu den Aufgaben, die sich aus dem von ihr vorgelegten Zukunftsplan für dieses Jahr und die Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr ergeben. Ausgehend von ihrer Teilnahme an einer Sitzung der Kreistagsfraktion solle künftig nach gemeinsamen politischen



Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha mit der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (oberes Bild rechts). Zu Beginn gratuliert der Ortsvorsitzende **HANS-JÜRGEN KÜHN** dem Oederaner „Urgestein“ **RITA HILLMANN** zu ihrem 83. Geburtstag.

Angesprochen auf ihre Arbeit im Parteivorstand bemängelte sie neben den internen Streitigkeiten an Partei- und Fraktionsspitze vor allem das Fehlen einer klaren Strategie für den ländlichen Raum. „In dieser Frage habe ich mich bisher nicht durchsetzen können“, so Marika Tändler. (hw)

und mit blick auf das superwahljahr 2019

tändler-walenta mit gysi „on tour“

Am 13. und 14. März begleitete Marika Tändler-Walenta den Präsidenten der Europäischen Linken, Gregor Gysi als dessen Presssprecherin nach Strassburg. Gysi hat dort viele politische Gespräche geführt und ist dabei u.a. mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, Guy Verhofstadt, der Grünen/Freie Europäische Allianz, Ska

Keller und Philippe Lamberts, und der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Gabi Zimmer zusammengetroffen. Gespräche gab es auch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Udo Bullmann, sowie mit EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger und mit dem Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland. Ein wesentliches Thema all dieser Treffen war die Zukunft der Europäischen Union und dabei auch die Rolle der neuen Bundesregierung.



Der Präsident der Europäischen Linken, **GREGOR GYSI** mit **GABI ZIMMER**, der Vorsitzenden der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke und seiner Pressesprecherin **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (links).

In der Nachbereitung der gemeinsamen Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden hat die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta den Ortsvorsitzenden folgende Materialien für die politische Arbeit übermittelt.

- Einen Antrag zum Thema Glyphosat sowie dazu die entsprechende Begründungsvorlage mit dem Ziel, diese in den jeweiligen Stadt- und Gemeinderäten einzubringen.
- Eine Anregung für eine Pressemitteilung der Ortsverbände unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten – Mischen Sie sich ein!“ Dort heißt es u.a. „Gute Kommunalpolitik lebt von engagierten Menschen. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Ausbau der kommunalen Demokratie sind für uns LINKE entscheidende Aufgaben. Nachhaltigkeit heißt für uns, den kommenden Generationen ein lebenswertes Gemeinwesen zu hinterlassen. Dass muss das Grundanliegen allen kommunalen Handelns sein. Darum laden wir Sie herzlich ein, mit uns gemeinsam linke Politik im Kreistag, Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsrat zu gestalten. Machen Sie mit und mischen Sie sich in die Kommunalpolitik ein! Wenn Sie Fragen und Anliegen haben oder für die Kommunalwahl 2019 für DIE LINKE kandidieren wollen, sprechen wir gern mit Ihnen.“
- Die Kontaktdaten der Kreisvorstandsmitglieder mit den regionalen Zuständigkeiten, verbunden mit der Bitte, die jeweiligen Vorstandsmitglieder zu einer der nächsten Beratungen einzuladen.

frühjahrsklausur der landtagsfraktion in erfurt



Im Mittelpunkt der Frühjahrsklausur der sächsischen Linksfraktion in Erfurt stand die Vorbereitung auf die kommenden Haushaltsverhandlungen in Sachsen. Die Linksfraktion machte unter anderem Vorschläge zur dauerhaften Änderung des Finanzausgleichs zugunsten der Kommunen und zur Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden als Basis für die Erneuerung der Demokratie in Sachsen. „Wir haben im Jahr vor der Landtagswahl unsere Frühjahrsklausur mit Bedacht in der thüringischen Landeshauptstadt durchgeführt. Denn wir wollen die Erfahrungen der rot-rot-grünen Landesregierung für Sachsen nutzbar machen“, erklärt Rico Gebhardt.

Zu unseren Bildern: MdL **ANTJE FEIKS** (Bildmitte) und Dr. **JANA PINKA** (rechts) kamen am Rande der Klausurtagung auch mit **SUSANNE HENNIG-WELLSOW**, Fraktions- und Landesvorsitzende der LINKEN in Thüringen sowie mit dem Thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ins Gespräch.

Treffen mit guten Freunden: Der frühere MdL und mittelsächsische Kreisvorsitzende **FALK NEUBERT** ist heute Referatsleiter für Öffentlichkeitsarbeit im thüringischen Sozialministerium. Viele Grüße von ihm nach Mittelsachsen.



FRANK RICHTER, ehemaliger Leiter der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (rechts) moderiert eine Diskussionsrunde mit Dr. **JANA PINKA** und ihren mittelsächsischen Landtagskollegen der Oppositionsparteien **WOLFRAM GÜNTHER** ((Bündnis90/Die Grünen) - links) und **DR. ROLF WEIGAND** (AfD) im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts des 1. Ausbildungsjahres in gewerblich-technischen Berufen im Beruflichen Schulzentrum „Julius Weisbach“ Freiberg.

informationen zum ihema asyl

Zum Kreistag wurden die aktuellen Zahlen zum Thema Asyl vorgestellt. Zudem wurde eingehend über das Thema „Wohnsitzauflage“, welche durch die Stadt Freiberg gestellt wurde informiert. Fakt ist, dass die Stadt Freiberg die Hauptlast bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Geflüchteten trägt. Da Freiberg die größte Stadt im Landkreis ist und es einen Trend unter den Geflüchteten gibt in größere Städte zu ziehen, muss man damit versuchen umzugehen. Das Vorgehen von Oberbürgermeister Krüger ist sicherlich sehr umstritten. Unsere Fraktion hat sich immer um eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten eingesetzt. Oft nur mit mäßigen Erfolg. Jetzt nach Freibergs Veto und der Entscheidung der Landesregierung kommt Bewegung in die Sache. Der Landkreis möchte nun die Geflüchteten besser auf die Region verteilen. Dabei verfolgt der Landkreis das Ziel, die Geflüchteten künftig in Städte mit mindestens 5.000 Einwohnern gerecht zu verteilen. Die Städte

jahresabschluss für das jahr 2013

Wie in den letzten Jahren ausführlich berichtet, erfolgte 2013 die Umstellung des Rechnungswesens unseres Landkreises auf die Doppik. Im Oktober 2016 wurde die Eröffnungsbilanz des Landkreises Mittelsachsen zum 01.01.2013 durch den Kreistag beschlossen. Erst jetzt erfolgte die Prüfung des Jahresabschlusses für das Jahr 2013. Maßgeblich beteiligt an der Prüfung war der Sächsische Rechnungshof (SRH). Auf den Prüfbericht des SRH vom 17.11.2017 musste die Landkreisverwaltung bis 20.02.2018 Stellung nehmen. Die überörtliche Prüfung erfolgte in Schwerpunkten und Stichproben besonders hinsichtlich interner Regelungen, bebaute Gebäude und Grundstücke, Infrastrukturvermögen, Finanzanlagevermögen, Sonderposten für Infrastrukturvermögen sowie den Rückstellungen gelegt.



Das Schloss Rochlitz am Standort einer mittelalterlichen Burg

Es befindet sich an der Stelle einer in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts angelegten Reichsburg, die den Mittelpunkt eines Burgwards bildete. Erste urkundliche Erwähnung fand das Gebiet Rochlitz im Jahr 995 und die Burg im Jahr 1009. Aber die Burganlage und die östlich davon gelegene St. Petrikirche dürften noch vor 981 gegründet worden sein. Bereits 1143 ging die Burg in den Besitz der Wettiner über. Im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts ließ Markgraf Wilhelm der Einäugige abstelle der Burg eine anspruchsvolle gotische Schlossanlage errichten. Ende des 16. Jahrhunderts wurde die Anlage zu einem Jagdschloss umgestaltet.

sollen sich darauf vorbereiten. Wichtige Kriterien für die Auswahl des Wohnsitzes sind Verkehrsanbindung, Schulen mit Sprachförderklassen (DAZ), Kitas und Gesundheitsangebote. Bei einer Konferenz am 17. April in Freiberg sollen sich Kommunen und Wohnungsunternehmen zu Angeboten für Geflüchtete abstimmen. Bei einer Integrationsmesse im Freiburger Deutschen Brennstoff-Institut am 20. Juni sollen Angebote zu Aus- und Fortbildung, Sprach- und Integrationskursen, Praktikum- und Arbeitsgelegenheiten, Ausbildungsbetrieben und Wohnungsmarkt vorgestellt werden.

Unsere Fraktion hat einen Antrag „Vorlage eines Konzeptes für die dezentrale Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen im Landkreis Mittelsachsen“ in den Kreistag eingebracht. Über diesen Antrag wird zum nächsten Kreistag am 20. Juni 2018 beraten und entschieden.

Unsere Fraktion hat sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten eingehend mit der Eröffnungsbilanz und dem nun vorgestellten Jahresabschluss 2013 befasst. Bedenken gab es hinsichtlich der Tatsache, dass immer noch keine Aussage getroffen wurde, wo der Landkreis eigentlich steht. Auch wurden einigen Prüfvermerken im Prüfbericht nicht ausreichend Rechnung getragen.

Der Jahresabschluss erbrachte ein Ergebnis von rund 1,7 Mio. EUR Überschuss. Jedoch gab es durch das Juni-Hochwasser 2013 ein negatives Sonderergebnis von 6,8 Mio. EUR. Jetzt sollen zügig die Jahresabschlüsse der Jahre bis 2017 erarbeitet werden. Die Auflagen aus dem Prüfbericht müssen dabei erfüllt werden.

Kreisstraßenbau 2018

Für den Bau an Kreisstraßen stehen dem Landkreis Mittelsachsen für das aktuelle Jahr ca. 2.465.000 EUR an Fördermitteln zur Verfügung. Dazu kommen noch ca. 273.900 EUR Eigenmittel. Es wurde eine Maßnahmenliste beschlossen. Diese beinhaltet jedoch mehr Maßnahmen, als durch Förderung abgedeckt werden. Da es durch Genehmigungen, Bauerlaubnisse oder anderweitige Beeinträchtigungen immer wieder zu Verschiebungen kommt, ist das so in Ordnung.

- K 7705 Sanierung Wiederlager Holzbrücke Hennersdorf
- K 8260 Fahrbahnerneuerung Obergräfenhain
- K 7706 Sanierung Lange Straße Oederan
- K 8212 Fahrbahnerneuerung Höckendorf 2. Bauabschnitt
- K 8257 Langleuba-Oberhain 1. Bauabschnitt
- K 7733 Friedebach – Dorfchemnitz
- K 7594 Langenau
- K 7703 Niederwiesa – Braunsdorfer Straße
- K 8251 Ottendorf – Röllingshain
- Rahmenvertrag Instandhaltung Ingenieurbauwerke
- Oberflächenbehandlung an Kreisstraßenbau
- Deckensanierung an Kreisstraßenbau
- K 8231 Seifersbach

änderungen der maßnahmen des landkreises an dem investkraftgesetz „brücken in die zukunft“ - verwaltungsstandortkonzept landratsamt mittelsachsen

Ursprünglich plante die Landkreisverwaltung in Freiberg eine Zentralisierung am Hauptsitz auf der Frauensteiner Straße. Dazu sollte ein Erweiterungsbau geschaffen werden. Die Standorte Freiberg Am Rotvorwerk, Zug und den Flachbau in Freiberg sollten aufgelöst werden. Die ersten Planungen für den Erweiterungsbau lagen bei rund 6,7 Mio. EUR. Massive Kostenerhöhungen zwangen zur Kündigung der Verträge. mit dem Planungsbüro.

Der Planungsvertrag mit dem Büro, das nach einem europaweiten Wettbewerb den Zuschlag für seinen Lösungsvorschlag erhalten hatte, „musste aus wichtigem Grund wieder gekündigt werden“, Das Planungsbüro habe im August 2017 eingeräumt, bei den Berechnungen für das Angebot Fehler gemacht zu haben.

Zudem wurde wohl der Baugrund falsch eingeschätzt. Dazu kamen noch unlösbare Probleme bei der Entwässerung. Eine Realisierung allein aus diesen beiden Gründen wäre wohl nicht möglich.

Als Ersatzmaßnahmen stehen nun folgende an:

- Ersatzneubau des Flachbaus in Freiberg, Frauensteiner Straße, für 1,7 Mio. EUR
- Umbau des Eingangsbereiches am Hauptgebäude Frauensteiner Straße. Dazu zählen auch Brandschutzmaßnahmen sowie ein Glasvorbau. Ob die dafür veranschlagten 2,8 Mio. EUR gerechtfertigt sind, muss im Ausschuss für Umwelt und Technik beraten werden. Bis jetzt handelt es sich nur um eine grobe Kostenschätzung.
- In Freiberg Am Rotvorwerk soll der Brandschutz und die Schaffung von Barrierefreiheit 1,55 Mio. EUR kosten.
- Auf der Maastener Straße in Döbeln soll ein Gebäude abgerissen und das Gelände neu gestaltet (Parkplätze) werden. Dafür sind 500 TEUR geplant.

All diese Maßnahmen muss man aber auch im Zusammenhang mit dem Verwaltungsstandortkonzept sehen. Da zum Kreistag auch die Fortschreibung genau dieses Konzeptes auf der Tagesordnung stand, wollen wir das auch hier gemeinsam betrachten.

Nach der Kreisgebietsreform stand die Fragen, ob an der dezentralen Verwaltung mit mehreren Standorten festgehalten werden soll oder ein neues zentrales Verwaltungsgebäude in Freiberg entstehen soll. Damals entschied man sich für die dezentrale Verwaltung, was in Sachen Bürgernähe sicherlich die richtige Entscheidung war. Im Laufe der Jahre wurde einige Außenstandorte (vor allem Einmietungen) aufgegeben. In so fern erfolgte bereits eine Konzentration auf die drei Hauptstandorte Döbeln, Freiberg und Mittweida. Es gibt jedoch immer noch etliche Gebäude, die unsaniert sind und auch nicht gebraucht werden. In Mittweida am Landratsamt werden zwei unsanierte Gebäude (Haus 2 und 5)

vom Freistaat genutzt. Dazu gibt es noch zwei unsanierte Gebäude (Haus B und C) ohne Nutzungsbedarf. Diese werden zwar derzeit noch teilweise durch die Abteilung Straßen genutzt, aber nach dessen Auszug gibt es kein Nutzungsbedarf.

In Döbeln auf dem Areal Maastener Straße gibt es auch Probleme. Von vier Gebäuden ist nur eins teilsaniert. Ein Gebäude wird abgerissen. Die anderen beiden Gebäude sind sanierungsbedürftig, und nicht barrierefrei. Es gibt keine Aussagen zu Gebäudeflächen, möglicher Arbeitsplätze und keinerlei Nutzungsbedarf durch die Verwaltung. In Summe hat der Landkreis einige unsanierte und leer stehende Verwaltungsgebäude und keiner weiß, was damit künftig passieren soll.

Genau dieses Problem wurde von unserer Fraktion zum Kreistag durch den Fraktionsvorsitzenden Gottfried Jubelt angesprochen. Wir versprechen an der Problematik dran zu bleiben.



Die Kapelle des Rochlitzer Schlosses. In ihrer heutigen Form entstand sie um 1480 während eines weiteren Umbaus des Schlosses.

leitbild des landkreises mittelsachsen

Mit der Erstellung eines Leitbildes für den Landkreis tat sich die Verwaltung über Jahre hinweg eher schwer. Es gab bereits vor fast zwei Jahren eine Auftaktveranstaltung zu diesem Thema. Wir berichteten seinerzeit ausführlich. Ein Zwischenergebnis letztes Jahr wurde im Finanz- und Verwaltungsausschuss zurückgewiesen. Dann hat man sich mit der Dr. Sternkopf media group aus Flöha einen kompetenten Partner ins Boot geholt und nun das Ergebnis präsentiert. Das Leitbild soll eine Handlungsorientierung für die Verwaltung sein. **Unsere Fraktion beantragte damals, dass die Maßnahmen zur Umsetzung durch den Kreistag zu beschließen sind.** Das wurde durch die Mehrheiten im Kreistag abgelehnt. Nun jetzt haben wir eine schöne Broschüre, die zur Verteilung steht. In ihr werden viele Fakten aufgezählt und somit ist sie unterhaltsam und interessant.

Aber eigentlich sollte ein Leitbild, an dem man zwei Jahre gearbeitet hat, schon mehr leisten.

ETWAS ZUM SCHMUNZELN

ASCHHEAUFEN HABEN ES GERN, WENN MAN SIE FÜR ERLOSCHENE VULKANE HÄLT.

WISLAW BRUDZINSKI

WEGEN UNGÜNSTIGER WITTERUNG FAND DIE DEUTSCHE REVOLUTION IN DER MUSIK STATT.

KURT TUCHOLSKY

AUSDAUER WIRD FRÜHER ODER SPÄTER BELOHNT - MEINSTENS ABER SPÄTER.

WILHEM BUSCH

karl marx, das „kommunistische manifest“ und das jahr 2018 - gibt es jetzt einen aufbruch von links?

Als unser Redaktionsmitglied **ACHIM GRUNKE** in unserer Januar-Ausgabe den Startschuss unserer Artikel-Serie zu Karl Marx gab, bat er darum, seinen Beitrag „Karl Marx und das Jahr 2018“ auf Seite -2- anstelle „Standpunkt“ unter das Motto „Gedanken“ zu stellen. Er hielt dort - verknappt - drei grundlegende Elemente der Marxschen Lehre fest, die seiner Auffassung nach im Jubiläumsjahr 2018 von dessen Theorie bleiben.

- **ERSTENS** die Marx'sche Kapitalismusanalyse und -kritik, die ja in den letzten Jahren nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine Wiedererweckung in Gestalt der Lesekreise zu Marx „Kapital“ erfahren hat.
- **ZWEITENS** die materialistische Geschichtsauffassung, wonach in letzter Instanz die materielle Produktion und die sozialökonomischen Verhältnisse für den Verlauf der Geschichte bestimmend sind.
- **DRITTENS** die dialektische Methode, d.h. insbesondere die einzelnen Erscheinungen und Prozesse in der Gesellschaft in ihrem inneren Zusammenhang und in ihrer Widersprüchlichkeit zu betrachten.

Nach Achim Grunkes eigenen Worten werden seine drei in unserer heutigen sowie in den Mai- und Juni-Ausgaben erscheinenden Artikel diesen Aspekten gewidmet sein. Zu seinem in der März-Ausgabe „eingeschobenen“ Artikel zum 170. Jahrestag des Erscheinens des „Kommunistischen Manifest“ erhielten wir die folgenden Gedanken unseres Lesers **PETER PÖSCHMANN** aus Döbeln.

Lieber Genosse Grunke,

ich habe deinen Beitrag in der März-Ausgabe mit großem Interesse gelesen und möchte meine Meinung dazu äußern:

Zitat: „...gleichzeitig müssen wir ernüchtert und realistisch festhalten, dass die Prognosen im Manifest über den Untergang des Kapitalismus ausgeblieben sind.“ Warum? Weil der Appell an die internationale Arbeiterklasse „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ nicht verwirklicht wurde! Der erste Verrat der SPD war schon die Zustimmung im deutschen Reichstag 1914 zu den Kriegskrediten, außer seitens von Karl Liebknecht. Inzwischen sind auch hier über 100 Jahre vergangen, mit einer Bilanz von ca. 110 Millionen Toten, meist Zivilisten, durch imperialistische Kriege. Schon deshalb hat das „Manifest“ seine grundsätzliche Bedeutung als Programm nicht eingebüßt, denn es ist grundsätzlich ein Programm zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit zur Verhinderung von Kriegen. Die gesellschaftlichen Umwälzungen mit der sogenannten Industrie 4.0 stehen noch vor uns. Bürgerliche Philosophen haben das erkannt und sprechen davon, dass dieser Prozeß „ethisch begleitet“ werden sollte.

Was meinen sie damit ?

Woran sind die Revolutionen in Deutschland und Europa seit 1848 gescheitert?

- Es hat bis 1917 weltweit keine kommunistische Partei mit

Massenbasis gegeben.

- Die Bolschewiki von 1917 waren im Gegensatz zu ihrem Selbstverständnis in Rußland in der Minderheit.

Der Kampf um die Eroberung und Erhaltung der Macht war deshalb so unerbittlich und unmenschlich.

Die Hoffnungen Lenins, dass sich im Ergebnis der Novemberrevolution im ungleich weiter entwickelten Deutschland, der Heimat von Marx und Engels, eine sozialistische Staatsmacht, wie in der Sowjetunion, entwickelte, wurde durch den Verrat der SPD-Führung zunichtegemacht.

Der daraus folgende Entschluss Stalins, den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ zu proklamieren, führte zur Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung, deren Wortführer besonders Trotzky, ein enger Kampfgefährte Lenins wurde. Die SPD entwickelte sich unter ihren geistigen Führern, Karl Kautsky und Eduard Bernstein zu einer revisionistischen, opportunistischen Partei, die sie heute noch ist.

Sichtbare Ausdruck war die Haltung der Sozialdemokratie in der deutschen Revolution von 1918/19. Die SPD unter der Führung von Ebert, Noske („Einer



muss der Bluthund sein“) u. Scheidemann schlugen die sozialistische Revolution in Deutschland blutig nieder. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Gründer der KPD, und andere Revolutionäre wurden ermordet. Man darf nicht vergessen, dass der Faschismus auf der Grundlage einer bürgerlich-demokratischen Ordnung unter aktiver Teilnahme sozialdemokratischer Politiker an die Macht gekommen ist. Diese Spaltertigkeit hat sich bei den Reichstagswahlen 1932 und nach dem Weltkrieg in den Westzonen bestätigt. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Die SPD entwickelte sich zum „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“. Der letzte Beweis war die 180-Grad-Wendung der SPD-Führung, die zu einer Neuauflage einer abgemagerten „Grossen Koalition“ geführt und die SPD, die „ruhmreiche deutsche Arbeiterpartei“ in ein historisches Tief gestürzt hat. „Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten!“ ist inzwischen nahezu eine Volksweisheit geworden. Nicht ohne Bedeutung für die Zukunft sind aber die Abstimmungsergebnisse zur Groko und die innerparteiliche Opposition der Jusos. Auch die permanente Krise des Imperialismus (Die Erosion der EU, Spaltung der Welt in Arm und Reich oder das bisher alternativlose transatlantische Gefüge des Westens)

Ich halte deshalb die Feststellung Oskar Lafontaines, dass die ursprünglichen Parteienstruktur ihre politische Bedeutung verloren hat, für zutreffend, weil sich auch die Klassenstruktur verändert hat. Der Bandarbeiter bei VW mit 4000 Euro Lohn wird sich mit den flaschensammelnden Harzi nicht auf eine Stufe stellen wollen. Schon heute sind solche politische Zuordnungen wie „Links“, „Rechts“, „Mitte“ und deren manchmal abenteuerliche Kombinationen umgangssprachlich manifestiert und auch in den Parlamenten ersichtlich.

Deshalb brauchen wir eine parteiübergreifende „Linke Bewegung“, in der die klassische Linke die Führung übernehmen aber mit einer Stimme sprechen muss. Die Einheit und Geschlossenheit ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Volksbewegung. Wer ist aber das Volk, der Souverän, der „deutsche Michel“? Dazu Napoleon: „Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk, als das Deutsche. Keine Länge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung, als ihre wirklichen Feinde.“ Und Napoleon kannte die BILD-Zeitung noch nicht!

Was Bewegungen, verbunden mit einer Volksabstimmung, bewirken können, hat u. a. der „Brexit“ in Großbritannien bewiesen.

Wir vertreten die Leute, deren Geld vom ersten bis zum letzten das Monats reicht oder auch nicht. Überall in Europa entwickeln sich Sammlungsbewegungen, besonders die sogenannten „Rechten“ haben diese Möglichkeit lange erkannt.

Unsere Wahlkampflosung wäre einfach: „Brot und Frieden“, wie die Leninsche Losung, die der Oktoberrevolution zum Siege verhalf. Wortwörtlich ist das nicht zu verstehen, aber der Sinn muss derselbe sein. Ich glaube, das der CDU-Gesundheitsminister, Jens Span, nicht ohne Grund eine Debatte über die Frage „Wer ist bei uns eigentlich arm?“ vom Zaune gebrochen hat.

Theoretisch brauchen wir eine Neuauflage des „Kommunistischen Manifests“ weil sich die Welt von 1848 mit heute nicht mehr vergleichen lässt. Es wäre nicht falsch, wenn sich linke Ökonomen, Historiker und Philosophen ans Werk machten und sich einer Forschungsaufgabe stellten, nämlich die „Die Lage des Prekariats in Deutschland und Europa“

Besonders sollten solche Fragen beantwortet werden, wie

- was ist die antiimperialistische Bewegung heute,
- wo bleibt die Friedensbewegung, wer gehört dazu ?
- Wer führt sie ?

Vielleicht die „seltsamen“ chinesischen Kommunisten, deren rasanter ökonomischer Fortschritt weltweit Bewunderung hervorruft ?

Nachdem der bürgerliche Ökonom Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ vorgelegt hat, könnten maßgebliche Linke unter der Überschrift: »Der Sozialismus im 21. Jahrhundert« dasselbe tun. Marx und Engels hätten nichts dagegen, denn für sie war der Kommunismus kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Die Philosophen hätten auch nicht die Aufgabe, die Welt zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Ich glaube, Sahra Wagenknecht wäre dabei.

Worauf warten wir ?

Zum zuzugsverbot für anerkannte Flüchtlinge in der kreisstadt freiberg

Ende Februar hat der Parteivorstand der LINKEN einstimmig einen Beschluss zum **Umgang mit der negativen Wohnsitzauflage (Zuzugsbeschränkung)** gefasst.

Vorausgegangen war der am 01. Februar 2018 gefasste Beschluss eines vierjährigen Zuzugsverbots für anerkannte Flüchtlinge der Stadt Freiberg im Landkreis Mittelsachsen, als erste sächsische Kommune. Der sogenannten negativen Wohnsitzauflage nach dürfen sich anerkannte Flüchtlinge nicht mehr in Freiberg ansiedeln. Argumentiert wird mit vermeintlichen Kapazitätsgrenzen, dabei leben gegenwärtig in Freiberg rund 2000 Flüchtlinge und Asylsuchende. Das sind unter fünf Prozent in der Gesamteinwohnerzahl. Durch die bundesweite Medienberichterstattung hat Mittelsachsen erneut negative Aufmerksamkeit erhalten, nach dem es im Januar 2016 einen Übergang auf einen ankommenden Flüchtlingsbus in Clausnitz gegeben hat.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag gibt es keine „gesetzliche Grundlage für einen derartigen Antrag der Stadt Freiberg, respektive für den begehrten ‚Erlaß‘ einer solchen – als ‚negative Wohnsitzauflage‘ bezeichneten – pauschalen, einen unbestimmten Personenkreis treffenden, faktisch flächendeckenden Zuzugsbeschränkungen für geflüchtete Menschen.“ Am 07. Februar 2018 fand eine durch die Fraktion DIE LINKE beantragte Sondersitzung des sächsischen Innenausschusses statt, wobei deutlich wurde, dass mit verschiedenen Zahlen und verschiedenen Interpretationsspielräumen umgegangen wird. Die Stadtverwaltung Freiberg veröffentlichte zum Beispiel Zahlen zum Anteil von Schülern die Deutsch als Zweitsprache an Grundschulen lernen (30% und 43%). Unsere Landtagsabgeordnete Jana Pinka hat nach der Sitzung des Innenausschusses eine Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde gegen den Beschluss des Freiburger Stadtrates beim Landratsamt Mittelsachsen eingereicht. Ausgehend von der Rechtsprechung sah der Landrat von Mittelsachsen, Matthias Damm selbst: „Laut Aufenthaltsgesetz muss bei Prüfung eines Antrages eine Einzelfallprüfung stattfinden.“ Dennoch war sich der Landrat im Umgang mit der Rechts- und Fachaufsichtsbeschwerde der Linken Abgeordneten dann aber sicher, dass selbst wenn der Beschluss des Stadtrates Freiberg offensichtlich unbegründet und sogar rechtswidrig ist, kann er nicht beanstandet werden und wies somit die Beschwerde ab. Letztendlich ermächtigte das Innenministerium ab 1. April 2018 die Landkreise zur Einführung eine Wohnsitzauflage für anerkannte Asylbewerber und andere

aus humanitären Gründen aufgenommene Flüchtlinge für bis zu drei Jahren.

Der Oberbürgermeister der Stadt Freiberg, Sven Krüger (SPD) ist bereits in der Vergangenheit in Erscheinung getreten. Im März 2017 verfasst der OBM einen Brief an Angela Merkel mit einer Aufrechnung der Kosten für Asyl, die der Stadt Freiberg zuständen. Auch in seiner diesjährigen Neujahrsansprache verwies der OBM auf die vermeintlich nicht stemmbaren finanziellen Auswirkungen von Neu-Freibergern und Folgte damit wiederholt dem rechten Zeitgeist. Dabei hat die Stadt Freiberg eine stabile Haushaltslage und eine gegenwärtige Flüchtlingsquote von unter 5%. Das Problem ist aus meiner Sicht an einer anderen Stelle zu finden – bei der Strategie der Unterbringung, der Integration und des damit verbundenen politischen Handelns vom gegenwärtigen Landrat und seinen Vorgängern. Der Landkreis Mittelsachsen verfolgt ein effizientes zentrales Unterbringungskonzept, dementsprechend wurde im Februar 2016 ein Erstverteilzentrum in Betrieb genommen. Dort wurden alle ankommenden Flüchtlinge, die nach der Erstaufnahme in den Landkreis überführt wurden, erneut in einer großen Einrichtung untergebracht. Dies war einmalig in Sachsen. Die Gesamtkosten für Kauf und Umbau beliefen sich auf rund 2,27 Millionen Euro, wobei die Unterkunft nie komplett ausgelastet war. Einmalig war im Zuge der damaligen Debatte auch der Fakt, dass unserer Landtagsabgeordnete Juliane Nagel nach öffentlicher Kritik an den Lebensumständen in der Einrichtung, der Zutritt verweigert wurde und sie damit ihrer Kontrollpflicht als Abgeordnete nicht nachgehen konnte. Im Oktober 2017 wurde die Einrichtung geschlossen. Juliane Nagel bezeichnet den Entschluss zur Schließung als „eine gute Nachricht aus Mittelsachsen“. Sie ergänzt: „Es ist schade, dass diese Entscheidung aus Kosten- und nicht aus humanitären Gründen gefällt wurde.“

Aufgrund der Schließung von Gemeinschaftsunterkünften wie in Rossau, haben sich die dezentralen Unterbringungsquoten von 35,7% Ende 2016 auf 49,74% Ende 2017 verbessert. Dahinter liegt aber die Frage der Definition von dezentraler Unterbringung, also was sich der Landrat genau unter dezentraler Unterbringung vorstellt. In der Praxis sind es Häuserkomplexe mit abschließbaren Wohnungen, die als Ersatz-Gemeinschaftsunterkunft fungieren. Die Zuweisungsquote bei Wohnungen liegt im Landkreis Mittelsachsen bei 75%. Grundsätzlich fordern wir als LINKE, dass Geflüchtete eine Wohnung nicht zugewiesen bekommen, sondern dass sie selbstbestimmt mit einem eigenen Mietertrag wohnen können – wie es in Leipzig bereits Realität ist.

Ausgehend von dem ganz offensichtlich im Landkreis Mittelsachsen bestehenden, wiederholt öffentlich kritisierten und in der unmittelbaren Verantwortung des Landrates des Landkreises Mittelsachsen liegenden Versagen bei der Lösung der strukturellen Probleme bei der landkreisweiten, dezentralen Verteilung und Unterbringung von geflüchteten Menschen unter Einbeziehung aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden fordern wir als DIE LINKE Mittelsachsen alle Demokratinnen und Demokraten auf Haltung zu zeigen und nicht dem rechten Zeitgeist zu folgen.

Die bereits zuvor unter dem Deckmantel der „außergewöhnlichen Maßnahme“ beschlossenen Zuzugsbeschränkungen in Salzgitter im Oktober 2017, sowie den Städten Delmenhorst und Wilhelmshafen als auch in Cottbus am 19.01.2018, dürfen nicht einem Dominoeffekt unterliegen und müssen abgelehnt werden. Dementsprechend besteht die Gefahr, dass auch andere Kommunen mit der Argumentation von vermeintlichen Kapazitätsproblemen einen solchen Beschluss fassen – vielleicht sogar vorsorglich. Regierung, Landkreise und kreisfreie Städte müssten gemeinsam nach einer Lösung suchen.

Aufgrund der Situation in Mittelsachsen und der vorgegangenen Beispiele sahen **MARIKA TÄNDLER-WALENTA, KERSTIN KÖDITZ, JULIANE NAGEL, LUISE NEUHAUS-WARTENBERG, JANA PINKA, ANTEJE FEIKS, RICO GEBHARDT, KATJA KIPPING UND GAREN LAY** die Notwendigkeit als Parteivorstand eine gemeinsame Erklärung abzugeben und folgenden Beschluss zu fassen:

- 1.** DIE LINKE ist gegen eine Wohnsitzauflage für geflüchtete Menschen in Deutschland. Die mit dem § 12a Aufenthaltsgesetz geschaffene Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete greift tief in deren Freiheitsrechte ein und verhindert Integration. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für das Konzept der dezentralen Unterbringung von geflüchteten Menschen ein.
- 2.** Anknüpfend daran, lehnt die LINKE eine sogenannte negative Wohnsitzauflage (Zuzugsbeschränkung) ab. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE weiterhin für die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel der staatlichen Aufgabe der Unterbringung geflüchteter Menschen und deren Integration einsetzen.
- 3.** DIE LINKE setzt weiterhin auf das Drei-Säulen-Modell für eine gelungene Integration, bestehend aus der Bekämpfung von Fluchtursachen, der Verteidigung des Grundrechtes auf Asyl und einer soziale Offensive für alle – damit die Integration überhaupt gelingen kann.

historische konferenz



Eine wissenschaftliche Konferenz Ende Februar, organisiert von Parteivorstand und Historischer Kommission der LINKEN, beschäftigte sich mit Fragen des Epochenbruchs 1914 - 1923. Besonders im Mittelpunkt standen dabei die Themen „Reform und Revolution in Deutschland 1917 - 1920“, „von der Februarrevolution zum Oktobersturz in Rußland“, die Wertung der Revolution 1917/1918 durch Rosa Luxemburg und das „Schaltjahr“ 1923 in der revolutionären Bewegung (hw).

jubiläums-vorführung



Im Freiburger Filmtheater „Kinopolis“ findet anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx am 5. Mai 15:45 Uhr eine Jubiläums-Vorführung des Films „Der junge Karl Marx“ statt. Der Vorverkauf läuft.

zur marxistischen geschichtsauffassung

von ACHIM GRUNKE

Wenn die Frage gestellt wird, was denn vom Marx'schen Denkg Gebäude neben der Kapitalismusanalyse und -kritik und der dialektischen Methode von bleibender Bedeutung ist, dann muss hier die materialistische Geschichtsauffassung genannt werden. Was darunter zu verstehen ist, hat Friedrich Engels in einem Bericht zum Begräbnis von Karl Marx für die Zeitung „Der Sozialdemokrat“ am 22. März 1883 verknüpft zusammengefasst: „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen - nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.“ (Marx-Engels-Werke, Bd. 19, S. 335f)

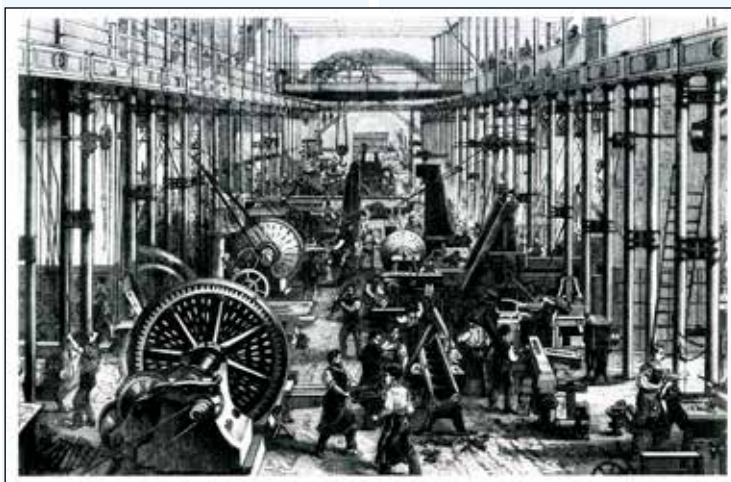
Die Entwicklung der menschlichen Geschichte basierte nach Marx auf der materiellen Produktion und der auf ihr beruhenden ökonomische Entwicklungsstufe, sie war also kein Produkt „höherer Mächte“ und keine Verwirklichung einer „absoluten Idee“, auch nicht allein auf das Wirken „großer Persönlichkeiten“ zurückzuführen und auch kein Ergebnis einer verborgenen Naturabsicht.

Elementare Voraussetzungen

Bei der Begründung der materialistischen Geschichtsphilosophie ließ sich Marx von folgenden elementaren Voraussetzungen leiten.

Eine erste Voraussetzung sah Marx in der physischen Existenz der Menschen und den sie umgebenden Naturbedingungen: „die körperliche Organisation dieser Individuen und ihr dadurch gegebenes Verhältnis zur übrigen Natur... (die) vorgefundenen Naturbedingungen, die geologischen, orohydrographischen, klimatischen und andern Verhältnisse... Alle Geschichtschreibung muß von diesen natürlichen Grundlagen und ihrer Modifikation im Lauf der Geschichte durch die Aktion der Menschen ausgehen.“ (Bd. 3, S. 21) Die zweite Voraussetzung sah er in der besonderen Weise, wie die Menschen auf die vorgefundenen Naturbedingungen reagieren. Im Unterschied zu den Tieren fangen sie an, sich durch Arbeit am Leben zu erhalten: „Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu

unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst.“ (Ebenda) Die Arbeit ist dabei nach Marx „ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert.“ (Bd. 23, S. 192) Als eine dritte Voraussetzung sei einzubeziehen, dass die Menschen diese Arbeit nicht isoliert voneinander vollbringen, sondern in einem gesellschaftlichen Zusammenhang. Marx hat diesen Sachverhalt im Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ (1859) in prägnanter Weise zusammengefasst.



Maschinenhalle bei Richard Hartmann Chemnitz 1868

Diese Passage zählt zu den Kernaussagen der materialistischen Geschichtsauffassung, deshalb sei hier ein längerer Auszug zitiert: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche

sozialer Revolution ein... Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden

sind.“ (Bd. 13, S. 8f)

Die „Altersbriefe“ von Engels

In seinen „Altersbriefen“ (1890-1895) wandte sich Friedrich Engels gegen dogmatische und vulgäre Vereinfachungen der materialistischen Geschichtsauffassung, die von der schlichten Annahme ausgingen, für die geschichtliche Entwicklung seien die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse das einzig bestimmende.

Engels entgegnete darauf: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“ (Bd. 37, S. 463)

Deshalb hebt Engels die Wechselwirkung zwischen den gesellschaftlichen Sphären hervor, die Einfluss auf den Verlauf der Geschichte haben: „Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, daß die ökonomische

Lage Ursache, allein aktiv ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit... Es ist also nicht, wie man sich hier und da bequemerweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflusst werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden, allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.“ (Bd. 39, S. 206)

Und das Endresultat der Geschichte gehe stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervor, „es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante - das geschichtliche Ergebnis - hervorgeht“. (Bd. 37, S. 464)

Die ökonomische Basis als das in letzter Instanz bestimmende Moment ist der grundlegende Rahmen, in dem sich Geschichte bewegt. Wie sie aber im einzelnen abläuft, in welchen Zick-Zack-Bewegungen, mit welchem Tempo die Ereignisse hereinbrechen usw., das wird ganz maßgeblich vom Handeln politischer Akteure beeinflusst.

Der Sozialismus und die Geschichte

Mit Hartnäckigkeit wurde im vorigen Jahr mancherorts die Meinung verbreitet, dass die Oktoberrevolution 1917 in Russland nicht ohne Lenin hätte stattfinden können, hätten das deutsche Auswärtige Amt und die Heeresleitung nicht nachgeholfen, Lenin aus dem Schweizer Exil nach Russland zu bringen. Diese Annahme suggeriert, als wäre der Erfolg der Oktoberrevolution ganz allein von Lenin abhängig gewesen. Aber Lenin hätte sich auf das Abenteuer der Revolution wohl nicht eingelassen, hätten ökonomische und andere Bedingungen nicht dafür gesprochen, so die Forderung nach Boden durch die Bauernschaft, die Forderungen nach Brot und Frieden bei der Masse der Bevölkerung - Forderungen, die die Provisorische Regierung nicht fähig und willens war zu erfüllen. Viel schwieriger wurde es indes, die Revolution fortzusetzen und die sozialistische Gesellschaft in einem Land zu errichten, was von der Produktivkraftentwicklung noch nicht reif dafür war.

Und nach über siebzig Jahren zeigte sich, dass der Sozialismus seinen Rückstand gegenüber dem Kapitalismus nicht aufgeholt hatte, sondern sich im letzten Jahrzehnt der Abstand sogar vergrößert hatte. Nicht der „Verrat durch Gorbatschow“ oder das Wirken von Geheimdiensten brachten den Sozialismus an den Rand seiner Existenz, sondern primär seine ökonomische Schwäche im Systemwettbewerb.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 21. März im Bürgerbüro der LINKEN in der Mittweidaer Weberstraße zu seiner turnusmäßigen Beratung zusammen. Es wurden folgende Schwerpunkte beraten:

- Im Tagesordnungspunkt „Aktuelles“ informierte die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** über die Beratungen im Bundesvorstand der LINKEN, dessen Mitglied sie ist. Dabei gehe es vor allem darum, die Beziehungen zwischen verantwortlichen Genossinnen und Genossen aus dem Partei- und dem Fraktionsvorstand zu verbessern sowie den Meinungsstreit intern zu führen und nicht in der Öffentlichkeit auszutragen. **KATJA KIPPING** und **BERND RIEXINGER** werden zum Bundesparteitag vom 8. bis 10. Juni in Leipzig wahrscheinlich wieder als Vorsitzende(r) kandidieren. Außerdem wurde über das Abstimmungsverhalten der Freiburger Stadtratsfraktion zum Asylstreit in der Kreisstadt informiert.
- Der Kreisvorstand führte einen Meinungsaustausch mit dem Vorsitzende des Ortsverbandes Mittweida, **TORSTEN BACHMANN**, durch. Dabei kam auch die teilweise dramatische Lage in vielen Ortsverbänden zur Sprache, was die Altersstruktur sowie das Potenzial für die Aufstellung von Kandidaten für die Kommunalwahlen im kommenden Jahr betrifft.
- Es erfolgte eine Verständigung über die Vorbereitung des 1. Mai. Vorgesehen sind Veranstaltungen in Döbeln, Freiberg, Geringswalde und Mittweida. Mehr dazu in diesem Heft auf Seite -5-.
- Beraten wurde über die langfristige Vorbereitung der Kommunalwahlen im kommenden Jahr (Termin gemeinsam mit den Europawahlen wahrscheinlich am 26. Mai 2019) und die Terminplanung dazu. In diesem Zusammenhang wurde über den Beschluss des Landesvorstands zur Durchführung eines Mitgliederentscheids über den/die Spitzenkandidat(in) und die inhaltlichen Schwerpunkte informiert, der noch in diesem Jahr stattfinden wird.
- Der Kreisvorstand bestätigte die Auflösung des Ortsverbandes Erlau-Seelitz und die Zuordnung der Genossen zu den Ortsverbänden Mittweida bzw. Rochlitz-Geringswalde. Damit verfügt der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN noch über 15 Ortsverbände (drei im Bereich des Altkreises Freiberg, vier im Bereich des Altkreises Döbeln und acht im Bereich des Altkreises Mittweida). Aktuell hat der Kreisverband 555 Mitglieder.
- Empfohlen wurde die Teilnahme unserer Genossinnen und Genossen an den Veranstaltungen im Rahmen des Karl-Marx-Jahres am 5. Mai in Chemnitz und zu einer Fahrt im Oktober nach Trier.

unsere jubilarer



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

im mai 2018 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

UTE RIMPLER	geb. am	02.05. 1948,	in	Roßwein
LUDWIG BRUMM	geb. am	05.05. 1930,	in	Brand-Erbisdorf
ROLF STEINHARDT	geb. am	06.05. 1928,	in	Freiberg
MARIANNE JUCAK	geb. am	07.05. 1926,	in	Geringswalde
GERD MINKNER	geb. am	08.05. 1943,	in	Mittweida
ERIKA WUNTSCHOFF	geb. am	09.05. 1937,	in	Freiberg
DETLEF HENOW	geb. am	14.05. 1948,	in	Rochlitz
HEIDEMARIE MÜLLER	geb. am	18.05. 1948,	in	Leisnig
MANFRED KOMMER	geb. am	18.05. 1938,	in	Seelitz
MARIANNE WINKLER	geb. am	19.05. 1927,	in	Geithain
ANNELIESE OEHMICHEN	geb. am	20.05. 1938,	in	Halsbrücke
HELMUT HANTSCHMANN	geb. am	21.05. 1932,	in	Brand-Erbisdorf
IRMGARD ULBRICHT	geb. am	27.05. 1929,	in	Flöha
ROLF PIETZSCH	geb. am	27.05. 1935,	in	Döbeln
IRENE WOLF	geb. am	28.05. 1928,	in	Roßwein
MONIKA LAUTENSCHLÄGER	geb. am	30.05. 1948,	in	Roßwein
EBERHARD LOHSE	geb. am	30.05. 1938,	in	Geringswalde

jahrestage im mai 2018

05.05. 1818: **KARL MARX** (Philosoph, Ökonom, Publizist) in Trier geboren.

18.05. 1848: In Folge der Revolutionären Kämpfe findet die Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche statt. Sie soll die Verfassung für einen deutschen Einheitsstaat ausarbeiten.

12.05. 1918: **JULIUS ROSENBERG** geboren. Er wurde gemeinsam mit seiner Frau Ethel als angeblicher KGB-Atomspion im Jahr 1953 hingerichtet.

21.05. 1923: Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien vereinigen sich in der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) in Hamburg.

04.05. 1938: **CARL VON OSSIETZKY** stirbt an den Folgen der KZ-Haft.

11.05. 1943: Richard Müller (Reichtagsabgeordneter der Zentrums-Partei) verstorben.

15.05. 1943: Auflösung der Kommunistischen Internationale.

01.05. 1948: Start zur ersten Internationalen Friedensfahrt. Die Friedensfahrt wird zum wichtigsten internationalen Amateurradrennen.

14.05. 1948: Proklamierung des Staates Israel.

23.05. 1948: In einem vom 2. Deutschen Volkskongress initiierten Volksbegehren

sprachen sich fast 15 Millionen Deutsche für eine unteilbare deutsche Republik aus. An dem Volksbegehren beteiligten sich trotz Behinderung auch rund 1,5 Millionen Einwohner der Westzonen und der Westsektoren von Berlin. Das Volksbegehren dauerte bis zum 13. Juni.

22.05. 1953: **MARTHA ARENDSEE** (Politikerin, SPD, USPD, KPD, SED) verstorben.

5. bis 23.05. 1958: Die 2. Tagung des VIII. Parteitages der KP Chinas proklamiert die Politik des „Großen Sprungs“, die innerhalb kurzer Zeit zum Kommunismus führen soll.

28.05. 1958: Abschaffung der Lebensmittelkarten und der letzten Rationierungen in der DDR.

11.05. 1968: Studentenunruhen und Sternmarsch gegen die Notstandsgesetzgebung nach Bonn.

30.05. 1968: Der Bundestag verabschiedet die umstrittenen Notstandsgesetze.

26.05. 1993: Der Bundestag verabschiedet das Asylverfahrensgesetz.

29.05. 1993: Ausländerfeindlicher Brandanschlag in Solingen. Fünf türkische Mitbürgerinnen verbrennen.

02./03.05. 1998: Beschluss zur Einführung des Euro zum 1. Januar 1999.

04.05. 1998: Regelungen zum Großen Lauschangriff.

terminübersicht

april 2018

- 14./15.04. Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz der LINKEN Jugendherberge Heidelberg
- 16.04. 15 Uhr Ehrung von Ernst Thälmann Denkmal Freiberg Meißner Ring
- 18.04. 18 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34

mai 2018

- 01.05. Veranstaltungen zum 1. Mai (siehe dazu den nebenstehenden Beitrag)
- 05.05. Auftakt zum Karl-Marx-Jahr in Chemnitz und Trier
- 08.05. Ehrungen zum Tag der Befreiung
- 09.05. 18 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 30
- 15.05. 19 Uhr Reichsbürger in Sachsen Veranstaltung mit MdL Kerstin Köditz

Mitglieder der Volkssolidarität im Landtag begrüßt

Regelmäßige Veranstaltungen, Ausfahrten und gesellige Zusammenkünfte bereichern das Leben der Mitglieder der Ortsgruppe Südkreuz des Volkssolidarität-Regionalverbandes Freiberg e.V. Am 22. März besuchten 29 politikinteressierte Seniorinnen und Senioren der Ortsgruppe Südkreuz des Volkssolidarität-Regionalverbandes Freiberg e.V. den Sächsischen Landtag in Dresden. MdL Dr. Jana Pinka (Linksfraktion) hatte zu einer 90-minütigen Gesprächsrunde sowie zu einer anschließenden Führung durch das Parlamentsgebäude und den Plenarsaal eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen berichtete sie zunächst über ihre Arbeit und ihre Tätigkeitsfelder als Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag, aber auch über die umfangreichen Aufgaben als Mitglied des Umwelt- und Europaausschusses. In der sich schnell entwickelnden angeregten und sehr sachlichen Diskussion sprachen die Gäste nicht nur die derzeitige Flüchtlingssituation allgemein und speziell in Freiberg an, sondern sie interessierten sich auch für aktuelle Renten-, Bildungs-, Europa- und Umweltpolitik sowie für die Entwicklung



der Wirtschaft und des Handels in Freiberg. „Ich merkte schnell, dass meine Gäste politisch interessiert sind und die aktuelle Lage in der Welt und in ihrer Heimat zwar kritisch, aber größtenteils realistisch betrachten. Dabei zeigten sich auch die derzeitigen Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger sowie die Sorge, dass der Weltfrieden in Gefahr ist.

Einig waren wir uns unter anderem darüber, dass Deutschland jegliche Waffenexporte stoppen muss und wir den Flüchtlingen die dauerhafte Integration in unsere Gesellschaft nur ermöglichen können, wenn dafür von der Politik die rechtlichen, finanziellen sowie personellen Voraussetzungen geschaffen werden und unsere Gesellschaft insgesamt wieder zu mehr Toleranz und Gemeinschaftssinn bereit ist“, fasst Dr. Jana Pinka den Besuch zusammen.



Familienfest der LINKEN am 1. Mai 2018

10 - 12 Uhr, Restaurant Schwanenschlößchen Am Schwanenteich 1, 09648 Mittweida



Rednerinnen:

- Anja Felka (Vorstands DIE LINKE, Sachsen, Mitglied des Sächsischen Landtages)
- Marika Tändler-Walenta (Vorstands DIE LINKE, Mittelsachsen)
- Katja Reichel (stv. Vorstandsvorsitzende Sächsische Erckerverband)

Für Musik, Unterhaltung und einen kleinen Indus ist gesorgt

**1 Es ist
maine
Zeit**

■ Kürzere Arbeitszeit
■ und höhere Löhne
■ Arbeit gerecht verteilen
■ mehr Zeit für's Leben

DIE LINKE.

Neben dem Familienfest in **Mittweida** (siehe die obenstehende Anzeige) findet in **Döbeln** von 10 bis 13 Uhr die alljährliche Veranstaltung zum 1. Mai vor der Geschäftsstelle Bahnhofstr. 1a statt.

In **Freiberg** ist DIE LINKE an einer gemeinsamen 1.-Mai-Veranstaltung mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften aktiv beteiligt. Diese findet von 10.00 bis gegen 14.00 Uhr auf dem Schlossplatz statt. Dazu wird noch eine Anzeige veröffentlicht.

In **Geringswalde** findet das alljährliche Vereinsfest der Gemeinde statt, an welchem DIE LINKE mit einem eigenen Stand vertreten ist.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

**ELSE BÖRNER
GÜNTER FISCHER**

**Flöha
Rochlitz**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.